

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 19

Artikel: Golf und Wirtschaft
Autor: Pozsgai, Joseph
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093019>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Golf und Wirtschaft

Die weiterhin ungünstige Preisentwicklung auf den Rohölmärkten liefert triftige Gründe für die Annahme, dass die Zeit im Golf-Konflikt nicht unbedingt für Washington und die westlichen Industrieländer arbeitet.

Die massive Verteuerung der Rohölpreise seit der irakischen Besetzung von Kuwait (2. August) führt nun zu einer spürbaren Verstärkung der Rezessionserscheinungen in den USA und zeigt bereits auch in Westeuropa eine preistreibende Wirkung in wichtigen Bereichen der Wirtschaft. US-Präsident Bush kann also nicht so lange warten, bis die internationale Wirtschaftsblockade den Irak zur Kapitulation und zum Rückzug aus Kuwait zwingt. Wann die Blockade greift, weiss heute noch kaum jemand. Schon nach sechs Monaten können erhebliche Betriebsstörungen in der gesamten Weltwirtschaft auftreten durch eine massive Verteuerung der Energiepreise. Dies zu verhindern hat nicht nur für Washington Priorität.

Ölmultis im Schuss

Massgebende Opec-Länder haben zwar beschlossen, den irakischen und den kuwaitischen Produktionsausfall (über 6 Mio Barrel [1 Barrel = 159 Liter]) pro Tag vollständig

zu ersetzen. Aber dies bedeutet noch bei weitem nicht, dass die Rohölpreise wieder unter 20 Dollar pro Barrel sinken werden und die Weltwirtschaft von dieser gefährlichen Folge des Golf-Konflikts entlastet wird. Vor allem deshalb nicht, weil es nicht die ölproduzierenden Länder waren, die als erste die Benzinspreise hochgetrieben haben, sondern die grossen westlichen internationalen Ögesellschaften. Die USA und die westlichen Industrieländer müssten also vor allem die gewinnsüchtigen Ölmultis stoppen, die die internationale Krise am Golf ohne Ölknappheit zu ihren Gunsten missbrauchten.

Wenn nämlich die Ölmultis das Preisventil weiterhin offenhalten, muss man neben den schwerwiegenden wirtschaftlichen Konsequenzen (Rezessionsgefahr) auch mit äusserst unangenehmen politischen Folgewirkungen rechnen. Der grösste Nutzniesser der hohen Rohölpreise ist bekanntlich die Sowjetunion, deren grösste Deviseneinnahmen nach wie vor aus dem Öllexport sprudeln. Die Krise um Kuwait bringt den unter schweren Geldmangel leidenden Sowjets täglich viele Millionen Dollars Mehreinnahmen. Die Vermutung liegt nahe, dass Moskau diesen Zustand zumindest aus wirtschaftlichen Gründen gern verlängern würde und somit an einem schnellen Ende des Golf-Konflikts kein grosses Interesse hätte.

Moskau janusköpfig

In der Tat betreibt Moskau hier eine zweigleisige Politik. Einerseits blockierte die Sowjetregierung im UNO-Sicherheitsrat den amerikanischen Antrag auf die militärische Absicherung der internationalen Irak-Embargos so lange, wie sie konnte. Dann schlug der sowjetische Aussenminister Schewardnadse eine internationale Nahost-Konferenz vor, um den Irak zum Rückzug aus Kuwait auf diesem «friedlichen Weg» zu zwingen. Damit wäre nämlich die Krise mindestens für ein Jahr konserviert und damit zugleich auch die Hochpreispolitik auf dem Erdölmarkt. Der Schewardnadse-Vorstoss vor dem Helsinki-Gipfel hatte ausserdem nicht nur das Ziel, den Irak, den in erster Linie die Sowjets hochgerüstet haben, vor einem amerikanischen Angriff zu schonen, sondern den schwindenden sowjetischen Einfluss im Nahen Osten auf diese Weise wieder verstärken zu können.

Andererseits stellte sich hingegen Gorbatschow in Helsinki verbal hinter die westliche Forderung nach sofortigem Rückzug des Irak aus Kuwait, um es mit den Amerikanern und den Europäern nicht zu verderben. Denn er weiss wohl, dass die Sowjetunion aus der tiefen Wirtschaftskrise ohne westliche Hilfe nicht herauszuholen ist. Doch der Sowjetführer steht auch unter dem Druck seiner Generäle, die das «militärische Vordringen» der USA offen kritisieren und die Waffenhilfe an Irak am liebsten fortführen würden.

Dass Gorbatschow in der Kuwait-Krise nicht viel politischen Freiraum hat, das förderte sein Treffen mit Präsident Bush am 9. September deutlich zutage. Die amerikanische Seite hatte vor dem Gipfel grosse Hoffnungen gehegt, die Russen zum gemeinsamen Handeln gegenüber dem Irak gewinnen zu können. Dies konnte Bush offenbar nicht erreichen. Gorbatschow hatte auf der Pressekonferenz nach siebenstündigen Verhandlungen eindeutig erklärt, dass Moskau zur Lösung der Kuwait-Krise nur mit «friedlichen Mitteln» bereit sei. Im Klartext: Keine politische Unterstützung also für eventuelle amerikanische Militäraktionen gegen den Irak. Dass die Russen die starke westliche Militärpräsenz am Golf stark beunruhigt, hatte zwar der Kremlführer öffentlich nicht erklärt. Aber Bushs überraschende Äusserung, dass die US-Truppen keinen Tag länger am Golf bleiben würden, wie es notwendig sei, lässt darauf schliessen, dass Gorbatschow mit dem amerikanischen Aufmarsch in Saudi-Arabien nicht einverstanden ist. Noch vor Tagen betonte ja US-Aussenminister Baker, dass die amerikanischen Streitkräfte eine Zeitlang auch nach der Lösung des Kuwait-Konflikts in den Golf-Staaten bleiben würden.

Nach den Worten des Sowjetführers bleiben nämlich von 196 russischen Militärberatern 150 weiterhin im Irak, und auch die dort tätigen 7000 sowjetischen Experten, die an wichtigen Projekten eingesetzt sind, werden vorläufig nicht zurückgezogen. Zusammen mit den 13 000 westlichen Geiseln bilden sie praktisch einen Schutzschild gegen eine amerikanische Militäraktion für den Irak.

Kein Zwang für Saddam

Vor diesem Hintergrund scheint es nun kaum wahrscheinlich, dass Gorbatschow dem US-Präsidenten für ein militärisches Vorgehen gegen den Irak hinter den Kulissen seine Zustimmung gegeben hätte, um zumindest den Rückzug aus Kuwait zu erzwingen. So stellt sich die Frage, ob es sich für Bush gelohnt hat, zu einem spektakulären Gipfeltreffen mit Gorbatschow nach Helsinki zu fliegen. Die Hoffnung der Amerikaner, dass sie für die Sanierung der Sowjetwirtschaft mit höheren Krediten von den Russen in der Kuwait-Frage praktisch freie Hand bekommen, hat sich offenbar nicht erfüllt. In der gemeinsamen Erklärung in Helsinki hiess es lediglich: «Wir sind ver-

In dieser Nummer

Saddam in der Sackgasse	4
Zusammenhänge zur Golfkrise	
Angola-Zwischenbilanz	5
Ein Bericht von Jacques Baumgartner	
Was wurde aus der Partei?	8
Ein Jahr in Ungarn	
Unter dem Mantel von Tschernobyl	10
Im Innern eines strahlenden Reaktors	
Mein Antrag an Ryschkow	12
Ein gepfeffertes Kommentar von Tatjana Iwanowa, Moskau	

eint in der Auffassung, dass die Aggression des Irak nicht toleriert werden darf. Eine friedliche internationale Ordnung ist nicht möglich, wenn grosse Staaten ihre kleineren Nachbarn verschlingen.» Während aber der Kremlführer eindringlich für eine friedliche politische Lösung plädierte, bemerkte Bush: «Darüber haben wir möglicherweise unterschiedliche Ansichten.»

Eine gemeinsame Krisenbewältigung der Supermächte am Golf findet also nicht statt. Die Gemeinsamkeiten werden nur so weit reichen, wie es die oft elastisch auslegbare UNO-Beschlüsse erlauben. Wie es in Helsinki von der sowjetischen Seite hiess, man sollte zuerst die Wirkung des Irak-Embargos abwarten und erst dann andere politische Druckmittel gegen Diktator Saddam Hussein suchen. Darauf kann man allerdings lange warten. Ob allein die Wirtschaftsblockade den irakischen Führer in die Knie zwingt, lässt sich jetzt schon bezweifeln.

Selbst die Amerikaner stimmten schon in Helsinki in der gemeinsamen Erklärung der Lieferung von Lebensmitteln in den Irak und das besetzte Kuwait «aus humanitären Gründen» zu. Aber mehrere Staaten kündigten bereits vor dem Gipfel an, darunter China, Indien, Jugoslawien und Iran, dass sie – zum Teil für ihre dort festgehaltenen

Bürger – Lebensmittel in den Irak liefern wollen. Im Gefolge der grausamen Erpressungspolitik des Saddam Hussein durch die Geiseln kann man davon ausgehen, dass sich bald auch einige westliche Länder bereit zeigen werden, diesen Weg zu begehen. Und wenn der Irak mit Nahrungsmitteln weiterhin versorgt wird, so könnte Saddam Hussein mindestens bis zu einem Jahr auch ohne Öleinkommen ausharren. Ist dies für Präsident Bush politisch und finanziell vertretbar, solange die massive amerikanische Streitmacht «untätig» in Saudi-Arabien stationiert sind?

Nach dem Helsinki-Gipfel muss die Regierung in Washington nachdenklich stimmen, dass die Sowjetunion ihre engen Beziehungen zum Irak seit der Annexion von Kuwait noch gar nicht gelockert hat. Der Freundschaftsvertrag und die Wirtschaftsabkommen blieben bestehen, als wenn nichts passiert wäre. Insbesondere fiel in Helsinki auf, dass Gorbatschow auch den Standpunkt Saddam Husseins vertrat, wonach die Kuwait-Krise gemeinsam mit dem gesamten Nahost-Konflikt gelöst werden solle. (Der irakische Diktator hatte Mitte August in die Debatte geworfen, er wäre bereit, seine Truppen aus Kuwait zurückzubeordern, wenn Israel die besetzten arabischen Gebiete und Syrien den Libanon räumen würden.) Bush erklärte dazu, wenn diese Fragen verknüpft würden, dann würden die UNO-Sanktionen gegen den Irak verwässert und damit der Druck auf Bagdad wesentlich gemildert. Gorbatschow hingegen betonte, der nach wie vor ungelöste Nahost-Konflikt habe «einen Einfluss auf die Schärfe der gegenwärtigen Krise».

Damit hat der Sowjetführer nicht nur die UNO-Forderung nach bedingungslosem Rückzug des Irak aus Kuwait relativiert, sondern zugleich auch die Glaubwürdigkeit der sowjetischen Führung in Frage gestellt, ob Moskau wirklich gegen die irakische Annexion von Kuwait ist.

Der Auftritt Gorbatschows in Helsinki erzeugt andererseits auch das Gefühl, dass der Führer der wirtschaftlich bankrotten und von innenpolitischen Konflikten geschwächten Sowjetunion vor allem für sich Zeit gewinnen will, um sich von seinen inneren Widersachern nicht als ein in allen aussenpolitischen Fragen nachgiebiger Politiker gegenüber der anderen militärischen Supermacht in die Ecke drängen zu lassen. Sich behaupten zu können, braucht er «Belege», dass er sich nach der Aufgabe Osteuropas nicht auch aus dem Nahen Osten hinausdrängen lässt. Vorläufig kann er sogar auf die amerikanischen Kredite verzichten. Seit der Kuwait-Krise hat Moskau, wie schon erwähnt, wieder höhere Öleinnahmen, und für die Zustimmung zur deutschen Einheit wird nun Bonn zur Kasse gebeten.

Für Präsident Bush bleibt so nichts anderes übrig, als die Risiken im Golfkonflikt fast allein zu tragen. ■

LIEBE LESER

Die Vereinigung von BRD und DDR zu einer grösseren Bundesrepublik ist als aufgebautes Element ein Grossfaktor im neu entstehenden Europa. Sie entspricht zweifellos hüten und drüben dem Mehrheitswillen zur Einheit, aber dieser allein hätte jetzt so wenig wie zuvor etwas bewirken können, wenn es auf unserm Kontinent nicht zur Abdankung der alternativen Ordnung gekommen wäre. Die Auflösung des ehemaligen Sowjetlagers geht mit der Auflösung des real bestehenden Sozialismus einher, und zurück bleibt ein ökologisches, wirtschaftliches und soziales Trümmerfeld.

Die DDR ist nun jenes Stück der Hinterlassenschaft, das einen neuen Platz gefunden hat, den reservierten. Und trotzdem: Das wäre innerhalb von weniger als einem Jahr nach dem Sturz des SED-Regimes nicht möglich gewesen, wenn es der katastrophale Zustand des Landes nicht erzwungen hätte. Noch vor zehn Monaten hätte und hatte sich niemand einen solchen Fahrplan vorgestellt. Im Demokratischen Forum dort dachte man an eine gewandelte DDR, und in Westdeutschland diskutierte das Regierungslager die «Wiedervereinigung» perspektivisch als Thema, das «schon» in den nächsten Jahren der Verwirklichung rufen könnte, was die Opposition übertrieben bis falsch fand.

Der Ablauf der Ereignisse hat alle Beteiligten überholt. Das Tempo wurde nicht von staatsbildender Tugend bestimmt, sondern von materieller Not. Ohne den vorgezogenen monetären und sonstigen Anschluss wäre die Bevölkerung der DDR einfach Richtung Westen ausgelaufen.

Zu ihrem Glück kann sich die DDR mit dem auffangfähigsten Staat vereinigen, den Europa zu bieten hat. Und auch so noch bietet sogar dieser Ausnahmefall riesige Probleme. Niemand weiss zum Hauptbeispiel, was die ökologische Sanierung der sozialistisch gestalteten Umwelt noch kosten wird, und das ist noch lieb gesagt, denn wie weit diese Sanierung überhaupt noch möglich ist, stellt sich als Frage eigentlich zuvor.

So sieht es im Osten mit jenem Teil aus, der sich in einer Vorzugslage befindet. Für den Rest gibt es bei analogen oder noch schlimmeren Zuständen keine Lösung dieser Art. Aber dafür und zu allem sonst noch die zusätzliche Gefahr der kreuz und quer gehenden nationalen Ansprüche. Sie waren jahrzehntlang durch eine verlogene Diktatur zugedeckt worden und wollen sich jetzt auswachsen.

Der Sozialismus, jahrzehntlang die strahlende Zukunft der Menschheit, wird jetzt begraben. Aber die Endlagerstätte ist noch nicht gefunden. *Christian Brügger*



Zeitbild

Erscheint alle zwei Wochen
Redaktion – Administration –
Anzeigenverwaltung
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Telefon 031 43 12 12
Telefax 031 43 38 91
Postcheck Zeitbild 30-24616-5
Banken: Spar + Leihkasse Bern 1.534.002.03
Deutsche Bank Frankfurt a. M.
(BLZ 500 700 10) 78-2409
Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Forschung, Information und Dokumentation

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder, Trudy Gasser

Abonnementspreise Schweiz

Jahresabonnement Fr. 54.–
Studenten, Lehrlinge und Schüler Fr. 32.–
Einzelnnummer Fr. 2.50

Abonnementspreise Ausland

Europa + Mittelmeerländer
Jahresabonnement sFr. 59.–/DM 70.–
Luftpost sFr. 64.–
Studenten, Lehrlinge und Schüler
sFr. 37.–/DM 44.–
Einzelnnummer sFr. 2.80/DM 3.40

Übersee

Jahresabonnement Luftpost sFr. 69.–